

# Blickpunkt Niedersachsen

**Nr. 50****Mitgliederinformation der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Niedersachsen e.V.**

## DSTG Bundesleitung in Hannover

„Hoher“ Besuch fand sich am 02. Mai in der Landesgeschäftsstelle ein. Die fast komplette Bundesleitung der DSTG traf sich zu ihrer turnusmäßigen Sitzung diesmal in Niedersachsen.

Nachdem die Bundesleitung mehrere Stunden intern getagt hatte, fand anschließend ein Gespräch mit den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes unseres Landesverbandes statt.

Hintergrund des Besuches der Bundesleitung ist es, bei den Landesverbänden einmal direkt vor Ort zu erfahren, welche Sorgen und Nöte sie bzw. ihre Mitglieder haben.

Im Rahmen des Gespräches haben wir dargestellt, dass beherrschendes Thema in Niedersachsen derzeit die mehr als schlechte Haushaltslage des Landes und die daraus resultierenden Folgerungen für den öffentlichen Dienst ist. Aufgegriffen wurden in diesem Zusammenhang nochmals die erfolgten Einschnitte der letzten zwei Jahre hinsichtlich des Urlaubsgeldes und der Sonderzuwendung. Alle Beteiligten äußerten im Rahmen der Diskussion die Hoffnung, dass es in diesem Jahr nicht erneut zu Verschlechterungen im Beamtenbereich kommen wird.

Weiteres Thema war natürlich das Eckpunktepapier des dbb und die sich daraus ergebenden Diskussionspunkte.



DSTG Bundesleitung und der Geschäftsführende Landesvorstand

Unserem Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek, der auch gleichzeitig stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb ist, wurde deutlich gemacht, dass es in der Mitgliedschaft natürlich zu Diskussionen hinsichtlich der geplanten Leistungsbeurteilung, aber auch zu den Funktionsbereichen - wer wird wie eingestuft - und den Leistungsstufen gekommen ist. In diesem Zusammenhang wurde auch der weitere Zeitplan des Strukturreformgesetzes vom

*Fortsetzung auf Seite 2*

## Aus dem Inhalt:

### Gespräch mit dem AK Haushalt und Finanzen der SPD dbb Landesgewerkschaftstag 2005 in Celle

Mit Urteil vom 17.03.2005 hat das Verwaltungsgericht Hannover (Az.: A 2884/04) entschieden, dass der Abzugsbetrag nach § 12 Abs. 1 Satz 2 der Beihilfevorschriften (die sog. Praxisgebühr) nur von den beihilfefähigen Aufwendungen berechnet werden darf.

D.h., die Praxisgebühr ist nicht, wie bisher, jeweils in Höhe von 10,00 € von dem zu erstattenden Beihilfebetrag abzusetzen, sondern nur in Höhe des Betrages, der sich nach Anwendung des Beihilfebemessungssatzes ergibt. Eine Beamtin/ein Beamter, für die/den der Bemessungssatz von z.B. 50 % Gültigkeit hat, hat demnach nur eine Praxisgebühr von 5,00 € zu entrichten.

Zurzeit weist das NLBV unter Hinweis auf den Wortlaut des § 12 Abs. 1 Satz 2 BhV eingehende Widersprüche zurück. Der dbb verhandelt mit dem Dienstleistungszentrum über die Übernahme von Rechtsschutz. Widerspruch sollte deshalb momentan nur eingelegt werden, wenn die Rechtsmittelfrist (1 Jahr) zu verstreichen droht.

# LANDESVORSTAND

Fortsetzung von Seite 1

Bundvorsitzenden erläutert.

Einig waren sich alle darin, dass sich die DSTG gerade bei diesen Punkten sehr aktiv an der weiteren Ausgestaltung mit beteiligen sollte, denn es ist allemal besser „einen Zug mit zu lenken, anstatt nur aufzusteigen“.

Nachdem weitere Punkte, wie das Thema „Bundesfinanzverwaltung“ und „Föderalismuskommission“ angesprochen waren, fand der Gedankenaustausch der Bundesleitung und des geschäftsführenden Vorstandes seinen Fortgang bei einem gemeinsamen Abendessen.

# LANDESVORSTAND

## Sitzung des Landesvorstandes

Am 11.04.2005 kam der Landesvorstand zu seiner ersten Sitzung im Jahre 2005 in Hannover zusammen. Auf der Tagesordnung befanden sich eine Vielzahl von Themen, die sich nicht nur mit der politischen Lage, sondern auch mit DSTG-internen Themen befassten.

So wurde eingehend über das Thema der rückzahlbaren Unterstützungsleistungen aus der Hilfskasse (Darlehn) diskutiert. Hintergrund für diese Diskussion ist der Umstand, dass die Anzahl der Anträge auf Gewährung eines Darlehns sprunghaft angestiegen ist; dem Landesverband steht aber nach dem Beschluss des Landesverbandstages zum Haushaltsvoranschlag nur ein vorgegebenes finanzielles Volumen zur Verfügung.

Der Landesvorstand ist überein gekommen, die Darlehnsanträge wie gewohnt zu bearbeiten, allerdings wird die Auszahlung der Beträge wegen der Fülle der Anträge grundsätzlich nicht mehr - wie bisher gewohnt - im Monat auf die Antragstellung vorgenommen werden können.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Zur Lage“ gab es auch diesmal keine Wunder zu berichten. Bisher war weiterhin unklar, in welchem Umfang die sich auf dem Abschlusslehrgang in Rinteln und Bad Eilsen befindlichen Anwärterinnen und Anwärter übernommen werden. Wie wir hörten, hat jedoch Herr Staatssekretär Dr. Hageböling während seines Besuchs in Rinteln eine konkrete Aussage zur Übernahme gemacht.

Auch in diesem Jahr werden die Steuereinnahmen augenscheinlich hinter den geschätzten Beträgen - wie bereits in den letzten Jahren - zurückbleiben. Inzwischen gibt es kein Bundesland mehr, dessen Personalbestand nicht rückläufig ist. Die Frage, ob die Föderalismuskommission, die ihre Arbeit am 17. Dezember 2004 eigentlich beendet hatte, nochmals tätig werden wird, ist vor diesem Hintergrund von außerordentlichem Interesse. Sie ist gerade im Hinblick auf die Umsetzung des Eckpunktepapiers „Reformmodell 21“ von besonderer Bedeutung. Hier ist der Gesetzentwurf erstellt und befindet

sich z.Zt. in den Beteiligungsgesprächen.

Kollege Hüper führte weiter aus, dass inzwischen alles auf den Prüfstand gehoben wird.

So wird daran gearbeitet, ein Gesetz für die Beihilfe zu erstellen. Mit Urteil vom 17.06.2004 hat das BVerwG festgestellt, dass die lediglich als Verwaltungsvorschriften ergangenen Beihilfenvorschriften des Bundes den verfassungsrechtlichen Anforderungen des Gesetzesvorbehaltes nicht genügen, weil die wesentlichen Entscheidungen über die Leistungen an Beamte, Richter und Versorgungsempfänger im Falle von Krankheit und Pflegebedürftigkeit der Gesetzgeber zu treffen hat. Niedersachsen, das die Beihilfenvorschriften des Bundes grundsätzlich übernommen hat, plant nunmehr ein eigenes Gesetz.

Als weitere Stichpunkte der Landesvorstandssitzung lassen sich noch nennen:

Einführung von Funktionszeiten, Abbruch der Tarifverhandlungen, Alimentation kinderreicher Familien, Sonderzuwendung und verschiedene Punkte mehr.

Die Sitzung wurde am späten Nachmittag beendet.



# DAS MEINT JÜRGEN HÜPER

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die letzte Steuerschätzung hat zur Folge, dass die erwarteten Einnahmen wieder einmal nach unten korrigiert werden mussten. Die Finanzminister des Bundes und der Länder stehen schon wieder vor immer größer werdenden Haushaltsproblemen. Es fehlt naturgemäß nicht an Schuldzuweisungen und für manchen Politiker sind es dann die „unfähigen und an der Realität vorbei planenden“ Steuerschätzer. Die Forderung lautet aus Reihen der Politik: „Die Finanzplanung muss auf eine realistischere Grundlage gestellt werden“. Das sind mir nicht unbekannte Forderungen, denn das ist Verlangen der DSTG bundesweit und ich habe das sehr deutlich auf unserem Landesverbandstag im September 2004 in Celle auch artikuliert. Wer aber die Schuld allein bei den Steuerschätzern sucht, macht sich das zu einfach. Diese haben nach Vorgaben zu handeln, die von der Politik vorgegeben werden. In den letzten Jahren hat es eine bewusste Überschätzung der Wachstumsraten von Seiten der Regierung gegeben. Dieses hat logischerweise zur Folge, dass die Steuereinnahmen zu hoch und die Defizite zu niedrig in den öffentlichen Haushalten angesetzt wurden. Schätzfehler eines Jahres schlagen folgerichtig auch auf die Folgejahre durch, so dass auch die mittelfristigen Prognosen zu hoch waren. So erklären sich die 66,8 Milliarden, die dem Staat 2005 bis 2008 fehlen werden. Der Ruf nach drastischen Einsparungen - dabei natürlich beim Personal und da wieder vorrangig bei den Beamten - findet, da medienwirksam inszeniert, vollen Beifall bei der staunenden Bevölkerung. Zur Untermauerung scheut man auch nicht davor zurück, der Bevölkerung überhöhte Pensionszahlungen zu präsentieren, die mehr als das Doppelte einer normalen Rente ausmachen. Dass hier bewusst gelogen wird, schert die Journalisten einen feuchten Dreck. Die Wahrheit will keiner hören, lässt sich auch nicht gut verkaufen.

In dieser Situation gibt der Nds. Steuerzahlerbund ein Gutachten in Auftrag, dass sich auch nur mit Ausgabenreduzierung beschäftigt. Da man uns in Niedersachsen bereits alle in Länderkompetenz möglichen Zahlungen gestrichen hat, will man jetzt an die Pensionen ran. Dabei wird geflissentlich übersehen, dass alle Verschlechterungen der Rentenreform bereits wirkungsgleich, teilweise sogar überkompensiert, auf die Beamtenversorgung übertragen worden sind. Und im Entwurf des Versorgungsnachhaltigkeitsgesetzes sind weitere Anpassungen, sprich Verschlechterungen, vorgesehen. Es wird auch nicht mehr erwähnt, dass der Staat seinen „fiktiven Arbeitgeberanteil“ seit Mitte der 50er Jahre nicht in einen Pensionsfond angelegt, sondern munter in den Haushalten verfrühstückt hat. Der Steuerzahlerbund hat m.E. keine Berechtigung als neutrale Institution angesehen zu werden, wie er dieses gern tut, sondern er sollte eingestehen, dass er einzig und allein eine Interessenvertretung ist, die für ihre Klientel eine möglichst geringe Steuerlast erreichen will. Und ein Bundes-

vorsitzender, der sein Einkommen durch verschiedenste Aufsichtsratsposten aufbessert, hat keinerlei Recht, sich über Pensionen von Beamten auszulassen, zumal der Eindruck entsteht, dass keinerlei Wissen über die Einkommenssituation z.B. des mittleren Dienstes vorhanden ist.

Nicht erwähnenswert ist offensichtlich auch, dass die Steuerhinterziehung Hochkonjunktur hat, der Umsatzsteuerbetrug boomt, zwei Problembereiche, die durch vermehrtem Personaleinsatz entschärft werden könnten. Aber die Finanzminister tun das Gegenteil. Sie bauen in den Finanzämtern Personal ab.

Ich denke, ein Finanzwissenschaftler wie Prof. Homburg kann nicht nur die Ausgabenseite beleuchten, genauso dazu gehört die Einnahmesituation. Mir sträuben sich die Haare, wenn man das politische, ich muss schon sagen Ränkespiel, betrachtet, dass sich in Folge des sog. Jobgipfels abspielt. Hier schieben sich Regierung und Opposition gegenseitig den schwarzen Peter zu. Das alles allein aus parteipolitischen Kalkül. Vergessen denn diese Damen und Herren in den Parlamenten, dass sie einmal einen Eid geschworen haben? Heute scheint nur noch das wichtig, was der Partei nützt. Der Staat als Gemeinwesen und der Bürger interessieren überhaupt nicht mehr. Da wird erst abgewartet und taktiert, wie die Wahl in NRW ausgeht. Entscheidungen, die dringend anstehen, wurden und werden aus parteipolitischen Erwägungen verschoben in Erwartung der Verschiebung von Mehrheiten im Bundesrat. Nach der Ankündigung vorgezogener Bundestagswahlen im Herbst diesen Jahres werden wir dieses traurige Spiel noch weitere Monate ertragen müssen. Denn jetzt wird erst recht frei nach dem Motto gehandelt: Erst die Partei, dann der Staat.

Bei der derzeitigen Haushaltssituation im Bund und in allen Ländern kann ich unserem Bundesvorsitzenden nur zustimmen, wenn dieser einen Verzicht auf die geplante Senkung der Körperschaftssteuer fordert. Die vielen Steuererleichterungen, die den Unternehmen in der Vergangenheit zugestanden worden sind, haben keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Die erhofften Mehreinnahmen bei der Lohnsteuer und den Sozialbeiträgen sind nicht eingetreten. Massenentlassungen dagegen haben die Aktienkurse in die Höhe getrieben. Nach staatlichen Subventionen werden Betriebe stillgelegt (wie jetzt in Göttingen bei der Verpackungsfirma Huthamaki, die dem Vernehmen nach noch mit 1,9 Mio Euro gefördert wurde und jetzt 500 Mitarbeiter in die Arbeitslosigkeit entlässt).

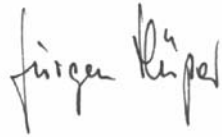
Mein Appell an alle politischen Parteien lautet daher: „Kalkulieren Sie bei den erwarteten Einnahmen vorsichtiger und der Realität angepasst. Vergessen Sie aber



nicht, dass es neben der Ausgaben- auch die Einnahmeseite gibt und schenken Sie dieser besondere Beachtung“. Dabei helfen wir Ihnen gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen gern, denn wir haben gelernt, dass nach dem Verfassungsgebot des Art. 20 Abs. 3 GG auch die Besteuerung nach Recht und Gesetz zu erfolgen hat. Um danach zu handeln, ist jedoch das entsprechende Personal erforderlich. Da die Ausgaben bereits an die Wand gedrückt sind und die umgesetzten Sparbeschlüsse nicht zum Ziel geführt haben (auch das habe ich bereits auf unserem Landesverbandstag gesagt), gilt es nun wirklich, sich vorrangig um die Einnahmen zu kümmern.

Dass das nun endlich auch der Politik bewusst wird

hofft Ihr



## Zur Sache: Arbeitskreis Steuerschätzung

### 1. Zusammensetzung

Der Arbeitskreis “Steuerschätzungen“ ist ein Beirat beim Bundesministerium der Finanzen. Er besteht seit 1955. Ihm gehören neben dem federführenden BMF, das BMWA, die sechs großen Wirtschaftsforschungsinstitute, das Statistische Bundesamt, die Deutsche Bundesbank, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Länderfinanzministerien und die Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände an. Die Zusammensetzung sichert die Unabhängigkeit des Gremiums. Die entsandten Vertreter der Institutionen gehören der Arbeitsebene an. Der Vorsitz obliegt dem zuständigen Referatsleiter im BMF.

### 2. Arbeitsweise

Der Arbeitskreis stützt seine Schätzungen auf gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Bundesregierung, die unter der Federführung des BMWA zwischen den Ressorts abgestimmt werden.

Der Arbeitskreis “Steuerschätzungen“ hat kein fest installiertes Prognoseinstrumentarium. Diejenigen Mitglieder, die eigene Schätzvorschläge erstellen, erarbeiten diese mit eigenen Methoden und Modellen.

Für die Schätzungen des Arbeitskreises erstellen neun Mitglieder, nämlich die Wirtschaftsforschungsinstitute, die Bundesbank, der Sachverständigenrat und das BMF unabhängig voneinander eigene Schätzvorschläge für jede Einzelsteuer. Diese Schätzvorschläge sind Gegenstand der Diskussion im Arbeitskreis. Der Arbeitskreis erörtert jede Steuer solange, bis ein Konsens erreicht worden ist, der von allen mitgetragen werden kann. Auf der Grundlage der Einzelsteuerschätzungen werden dann die auf Bund, Länder, Gemeinden und EU entfallenden Einnahmen ermittelt.

Die Ergebnisse werden direkt im Anschluss an die Sitzung in einer Pressemitteilung des BMF der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Der Arbeitskreis “Steuerschätzungen“ hat einen Unterausschuss “Regionalisierung“, dem das BMF und die

Ländervertreter im Arbeitskreis angehören. Der Unterausschuss behandelt Probleme und Vereinbarungen im Zusammenhang mit der Regionalisierung der Arbeitskreisergebnisse für die Steuereinnahmen der Länder.

Die Regionalisierung wird federführend vom Finanzministerium Baden-Württemberg in eigener Verantwortung der Länder durchgeführt. Es besteht uneingeschränkte Übereinstimmung im Arbeitskreis, dass die Regionalisierung ausschließlich für die Länder bestimmt ist, nur internen Zwecken ihrer Haushalts- und Finanzplanung dient und daher Außenstehenden nicht zugänglich sein soll.

### 3. Zeitpunkt der Arbeitskreissitzungen

Die Sitzungsfolge des Arbeitskreises “Steuerschätzungen“ beruht auf Verabredungen zwischen Bund und Ländern im Finanzplanungsrat und orientiert sich an den Zeitplänen der Haushalts- und Finanzplanung. Es finden zwei Sitzungen im Jahr statt.

Mitte Mai erfolgt eine Steuerschätzung für den mittelfristigen Zeitraum (laufendes Jahr plus vier Folgejahre). Ihre Ergebnisse sind Grundlage für den Haushaltsentwurf des Folgejahres, für die jährliche Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung und für die Abstimmung der Finanzplanung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden im Finanzplanungsrat. Die Terminierung Mitte Mai ist ein Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Zeitplänen des Bundes und der einzelnen Länder und hat sich seit Jahren bewährt.

Die zweite Sitzung findet zeitnah zur Verabschiedung des Bundeshaushalts im Herbst statt. Die Schätzung umfasst das laufende und das folgende Jahr und ist Grundlage für die Ansätze des Haushaltsgesetzes.

### 4. Bedeutung für die Haushalts- und Finanzplanung

Seit Bestehen des Arbeitskreises (1955) übernimmt der Bund das Ergebnis für die Steuereinnahmen des Bundes in den Haushaltsplan bzw. seit 1968 in die mittelfristige

Finanzplanung.

Die Ergebnisse der Steuerschätzung sind Teil der finanzwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung, die dem Finanzplanungsrat vorgelegt werden.

Das Ergebnis der schematischen Regionalisierung der Steuereinnahmen der Länder kann häufig nicht ohne Modifikationen als Steuereinnahmensatz in den Haushalt oder die Finanzplanung eines Landes übernommen werden. Wichtige Gründe können hier deutliches Abweichen des Haushaltstermins vom Termin der Steuerschätzung, absehbare Sonderentwicklungen bei den Steuern oder der Wirtschaftsentwicklung des jeweiligen Landes, Berücksichtigung von geplanten Steuerrechtsänderungen sowie Abweichungen des auf der Grundlage der Steuerschätzung berechneten Länderfinanzausgleichs von dem mit vierteljährlicher Verzögerung abgewickelten Vollzug des Länderfinanzausgleichs sein.

Eine "Kommunalisierung" der Schätzergebnisse des Arbeitskreises ist bei über 16.000 Kommunen nicht möglich. Die kommunalen Spitzenverbände, die Mitglied im Arbeitskreis sind, stellen den Gemeinden jedoch Informationen über Tendenzen der Aufkommensentwicklung beispielsweise der Lohn- und Einkom-

mensteuer und des Zinsabschlags zur Verfügung, die den Finanzplanungen der Kämmerer als Orientierungshilfe dienen. Bezüglich der örtlichen Steuerentwicklung insbesondere bei der Gewerbesteuer sind die Gemeinden ohnehin durch ihre unmittelbare Nähe zu Steuerpflichtigen besser informiert.

## 5. Steuerrechtsänderungen

Der Arbeitskreis schätzt die Steuereinnahmen in der Regel auf der Grundlage des geltenden Steuerrechts. Die finanziellen Auswirkungen von geplanten Steuerrechtsänderungen sind in der Haushalts- und Finanzplanung zusätzlich zu berücksichtigen. Die in Steueränderungsgesetzen bzw. deren Entwürfen bezifferten Mehr- oder Mindereinnahmen beziehen sich immer auf die primären steuerlichen Wirkungen, d.h. die Auswirkungen auf die von der jeweiligen Maßnahme direkt betroffenen Steuerarten. Da aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeiten in der Marktwirtschaft jede Änderung Folgeänderungen mit steuerlichen Wirkungen nach sich zieht, können die im Einzelnen unabsehbaren Sekundärwirkungen nur global über eine nach geändertem Steuerrecht erstellte geschlossene gesamtwirtschaftliche Projektion und eine darauf aufbauende neue Steuerschätzung erfasst werden.

(Quelle: BMF)

## LANDESVORSTAND

### Treffen mit dem Arbeitskreis Haushalt und Finanzen der SPD

Am 25. 04.2005 fand eine Gesprächsrunde von Mitgliedern des Hauptpersonalrates (Steuer), des Bezirkspersonalrates (Land) und des Geschäftsführenden Vorstandes der DSTG Niedersachsen mit dem Arbeitskreis Haushalt und Finanzen der SPD statt.

Für den Arbeitskreis Haushalt und Finanzen waren der parlamentarische Geschäftsführer der SPD Landtagsfraktion Dieter Möhrmann, als Vorsitzender des Arbeitskreises, sowie die Abgeordneten Petra Emmerich-Kopatsch, Renate Geuter, Hans-Werner Pickel und der Mitarbeiter aus dem Fraktionsbüro Bernd Maschke anwesend.

Auf der Tagesordnung standen Fragen der Personalausstattung und des Gesetzesvollzugs. Dabei nahm natürlich die Thematik der Verbesserung der Steuereinnahmen einen breiten Diskussionsraum ein. Allein durch den bundesweit nicht bestrittenen Umsatzsteuerbetrug in Höhe von 20 Milliarden jährlich gehen dem Land Niedersachsen nicht unerhebliche Einnahmen verloren. Bei der Aufdeckung von lediglich einem Viertel dieses Betrages, entfielen auf das Land Niedersachsen - entsprechend dem Verteilerschlüssel von 4,19 % - Mehreinnahmen von rd. 250 Millionen Euro. Ein Betrag, der dem maroden Haushalt des Landes Niedersachsen mehr als gelegen kommen müsste.

Von Seiten der Personalrats- und Gewerkschaftsvertreter wurde den Mitgliedern des Arbeitskreises anhand von Beispielen aufgezeigt, dass der Einsatz von mehr Personal auch zu höheren Steuereinnahmen führt.

So hat sich in der Praxis gezeigt, dass dem Umsatzsteuerbetrug durch frühzeitige Umsatzsteuernachschaun begegnet werden kann. Aufgrund solcher Nachschaun konnten bereits im Stadium der Firmenneugründung verschiedene Sachverhalte, beispielsweise angehende Karussellgeschäfte oder auch wirtschaftlich nicht existierende Briefkastenfirmen aufgedeckt werden. In solchen Fällen konnte vielfach die Auszahlung von angemeldeter und zur Erstattung anstehender Vorsteuern verhindert werden.

Dass der Einsatz von mehr Personal zu höheren Steuereinnahmen führt, hatten auch die Erfolge der Steuerfahndung im Bereich der Bankenfälle bewiesen. Hier steht das Land Niedersachsen auf Platz 1 der Rankingliste. Selbst das Bankenland Hessen belegt einen nachrangigen Platz.

Sehr interessiert zeigten sich die Mitglieder des Arbeitskreises an dem Einsatz von maschinellen Verfahren - wie z.B. dem

# LANDESVORSTAND

Fortsetzung von Seite 5

Aussteuerungsverfahren GNOFÄ. Solche Verfahren sind bei vordergründiger Betrachtungsweise geeignet, eine Arbeitserleichterung herbeizuführen; eine Erhöhung der Steuereinnahmen wird jedoch nicht das Ergebnis sein. Vielmehr steht nach Erfahrungen aus der Vergangenheit zu befürchten, dass die maschinell eingezogenen Prüfungsgrenzen sehr schnell bekannt sein dürften und die Angaben in der Steuererklärung danach ausgerichtet werden.

In diesem Zusammenhang konnten die Kolleginnen und Kollegen der Steuerverwaltung über Erfahrungen des Finanzamtes Cuxhaven aus dem Pilotprojekt "Team II" berichten. Das dort pilotierte personelle Risikomanagement hat nachweislich im Bereich der Arbeitnehmerveranlagung zu erhöhten Steuereinnahmen geführt.

Ein weiteres Thema, das von den Mitgliedern des Arbeitskreises Haushalt und Finanzen angesprochen wurde, war das Thema der Kontenabfragen. Hierzu konnte den Damen und Herren des Arbeitskreises erläutert werden, dass die Medien zwar von Tausenden von Zugriffen auf die Konten der Steuerbürger ausgehen, tatsächlich jedoch bisher die Möglichkeiten für Kontenabfragen mangels technischer Gegebenheiten noch nicht bestehen. Allerdings wird - sofern die Technik dieses zulässt - auch von außen Mehrarbeit auf die Beschäftigten der Finanzämter zukommen, weil andere Behörden (z.B. Arbeitsamt) keine Zugriffsmöglichkeiten haben und daher an die Finanzämter herantreten werden. Abschließend wurden die Mitglieder des Arbeitskreises noch darauf hingewiesen, dass den Beschäftigten der Steuerverwaltung zwar die Kontenabfrage ermöglicht werden wird; sie aber lediglich die Anzahl der Konten, nicht aber den Konteninhalte erfahren.

Nach wie vor stellt die immer konfuser werdende Gesetzgebung eines der größten Probleme dar. Wie bekannt ist, hat die Steueramnestie nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt. Es zeigt sich, dass diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die zur Steuerehrlichkeit zurückgekehrt sind, nun die verfahrensrechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten nutzen, um im Rechtsbehelfsverfahren wenigstens einen Teil der aufgrund der Nachmeldungen erhobenen Steuern zurück zu erhalten.

Zum Ende des Gespräches konnte zusammenfassend gesagt werden: Geringer werdendes Personal wirkt der Aufgabe der Steuerverwaltung, Steuern festzusetzen und zu erheben, entgegen. Die Zielvorgabe, 600 Stellen einzusparen ist als kontraproduktiv anzusehen, zumal die



Teilnehmer an der Gesprächsrunde mit dem SPD Arbeitskreis

seit langem angekündigte Aufgabenkritik weiterhin auf sich warten lässt. Ab dem Kalenderjahr 2013 werden - wie die Altersschichtung zeigt - vornehmlich Beschäftigte aus dem Außendienst in großer Anzahl aus dem aktiven Beschäftigungsverhältnis ausscheiden.

Sollte es das Bestreben der Politik sein, den Außendienst der Steuerverwaltung in der bisherigen Mannschaftsstärke bestehen zu lassen, ist ein Handeln heute angebracht. Die Rekrutierung von Außendienstlern aus dem Innendienst der Verwaltung wird nicht mehr möglich sein, denn die Kolleginnen und Kollegen des Innendienstes sind in ihrer jetzigen Besetzungszahl zwingend notwendig, um die dort anfallenden Aufgaben zu erledigen.

Abschließend erfolgte noch der Hinweis auf die sich immer weiter verschlechternden Regelungen der Beihilfe. "Es kann nicht angehen, dass unseren Kolleginnen und Kollegen kontinuierlich Verschlechterungen zuteil werden, die dann auch noch rückwirkend Gültigkeit erlangen. Hier gilt es Regelungen zu finden", so der Vorsitzende des Hauptpersonalrates (Steuer) und Landesvorsitzende der DSTG, Jürgen Hüper.

Die Mitglieder des Arbeitskreises Haushalt und Finanzen der SPD sagten zu, die erhaltenen Informationen in ihre Arbeit einfließen zu lassen.

Dieter Möhrmann bekundete im Namen des Arbeitskreises das Interesse an einer dauerhaften Zusammenarbeit mit Personalrats- und Gewerkschaftsvertretern.

## Impressum:

Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Jürgen Hüper, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover, Tel.: 0511/342044

FAX: 0511/3883902, e-mail: geschaeftsstelle@dstgnds.de, Internet: www.dstgnds.de

Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Uschi Japtonk und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 31059 Hannover

Auflage: 8025 Erscheinungsweise: zweimonatlich

Druck: Druckerei Hartmann, Weidendamm 18, 30167 Hannover

Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss.

## dbb Landesgewerkschaftstag 2005 - (1)

### Neue Wege gehen - Zukunft gestalten

Unter diesem Motto fand am 26. und 27. April 2005 der Landesgewerkschaftstag des dbb beamtenbund und tarifunion, landesbund niedersachsen, in Celle statt.

Am Morgen des 26. April 2005 wählten die anwesenden Delegierten aus rd. 40 Mitgliedsgewerkschaften die neue Landesleitung für die nächsten vier Jahre.

Der bisherige Vorsitzende, Friedhelm Schäfer von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, wurde in seinem Amt bestätigt. An seiner Seite werden, nachdem im Vorfeld die Änderung der Satzung beschlossen worden war, nunmehr sechs, statt bisher vier stellvertretende Landesbundesvorsitzende sich für die Belange der Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Niedersachsen einsetzen.



Ein Blick in die Reihen der DSTG Delegierten

Der Tagesordnung folgend, wurden im Anschluss an die Wahlen vier Entschließungsanträge einstimmig von den Delegierten beschlossen. Die Entschließungsanträge spiegelten den Unmut über die Politik der Landesregierung wieder. Das Wiederaufleben der Sonderzuwendung bei Abschluss eines des TVöD vergleichbaren Tarifvertrages für das Land wurde gefordert, die Belastungen durch die Gesundheitskosten führten zu einer weiteren Entschließung.

Im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung wies der neugewählte Vorsitzende des dbb in seiner Grussansprache ebenfalls auf die Auswirkungen der Gesundheitskosten hin. Angeboten wurde hier, mit der Landesregierung über eine Art Betriebskrankenkassenmodell nachzudenken. Dabei sollten nach den geäußerten Vorstellungen die bisherigen Erstattungs- und Bearbeitungsebenen für die Beihilfe und die private Krankenversicherung zusammengefasst werden, um so zu einer deutlichen Reduzierung der Krankenversicherungsbeiträge für die Beihilfeberechtigten und zu einer geringeren Belastung des Landeshaushaltes zu kommen.

Zu der öffentlichen Veranstaltung waren Vertreter aller vier Landtagsfraktionen geladen, die Hauptreferate hielten der Niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff und der dbb-Bundesvorsitzende Peter Heesen.

Am zweiten Tag erfolgte die Beschlussfassung über die von den Fachgewerkschaften und der dbb Jugend eingereichten Anträge zum Landesgewerkschaftstag. Die insgesamt 114 Anträge stellen die Arbeitsgrundlage des dbb beamtenbundes und tarifunion landesbund niedersachsen der nächsten vier Jahre dar.

## dbb Landesgewerkschaftstag 2005 - (2)

### Eine moderne und präzise Gewerkschaft - unsere *DSTG* auf dem dbb-Landesgewerkschaftstag

Vollzählig erschienen die Delegierten der *DSTG* zum Landesgewerkschaftstag des dbb - eine Selbstverständlichkeit?! Für uns natürlich, andere Einzelgewerkschaften des dbb ließen dieses Engagement leider vermissen, denn circa 20 % aller Delegierten fehlten. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, gerade in Zeiten, in denen die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Politik zur Disposition gestellt werden, ist **Präsenz** unabdingbare Pflicht. Nur wenn wir geschlossen auftreten, können wir der Politik vermitteln, dass **wir** die Interessenvertreter der Beschäftigten sind.

Vier Entschließungserklärungen wurden verabschiedet, die unser *DSTG*-Mitglied Friedhelm Schäfer, der alte und neue dbb-Landesbundesvorsitzende, zu Themen seiner Rede auf der öffentlichen Veranstaltung machte.

Die Delegierten forderten, die Personalabbauverpflichtungen unter dem Blickwinkel der Altersstruktur zu betrachten. Unter Beteiligung der Hauptpersonalräte sollen die konkreten Situationen analysiert werden. Anfang bis Mitte des kommenden Jahrzehnts werden uns viele Kolleginnen und Kollegen in den wohlverdienten Ruhestand verlassen. Wenn wir nicht heute durch gezielte Nachwuchsförderung auf diese Tatsache reagieren, sägt sich die Politik den Ast ab, auf dem sie gerne sitzen möchte: dem politischen Gestaltungsspielraum. Dieser setzt unabdingbar Einnahmen voraus, die einen Haushalt ohne Neuverschuldung ermöglichen. Nur eine personell gut ausgestattete Steuerverwaltung kann der Politik diese Voraussetzung

## dbb Landesgewerkschaftstag 2005 - (2)

Fortsetzung von Seite 7

schaffen.

Die nahezu vollständige Streichung der Sonderzuwendung hat alle Beschäftigten stark getroffen, denn dieser Einkommenskürzung stehen in vielen Lebensbereichen ( z. B. Versicherungen) deutliche Ausgabeerhöhungen gegenüber. Wenn man die Entwicklung im Landeshaushalt betrachtet, weiß man, dass sich der dbb mit seiner Entschließung, das Wiederaufleben der Sonderzuwendung zum Ziel zu erklären, eine schwierige Aufgabe gestellt hat. Wir werden ihn nachhaltig unterstützen.

Vermisst haben wir die Kritik des dbb-Bundesvorsitzenden an dem geplanten Gesetzentwurf des Bundes zur Umsetzung des Eckpunktepapiers "Neue Wege im öffentlichen Dienst". Wenn der Bund geschlossene Vereinbarungen nicht einhalten will, muss er nachdrücklich an die von ihm übernommenen Verpflichtungen erinnert werden. Dazu bot die öffentliche Veranstaltung des dbb-Landesgewerkschaftstages eine gute Gelegenheit, die der Bundesvorsitzende leider ungenutzt verstreichen ließ.

Vertragsbruch darf der dbb aber nicht schweigend übergehen. Irritationen lösten die Ausführungen Heesens aus, die Tarifverhandlungen könnten auch mit jedem Land einzeln geführt werden. Ohne Not die Position der Landesregierungen zu übernehmen, ist unverständlich.

*Es kann nur, aber es muss auch besser werden, Herr Heesen!*

*Dr. Thorsten Eichenauer, Niedersächsisches Finanzministerium*

## dbb Landesgewerkschaftstag 2005 - (3)

### **Persönliche Anmerkung zur Rede des Ministerpräsidenten in Celle**

Die Rede des Ministerpräsidenten beinhaltet wieder die schon hinlänglich bekannten Zahlen über die Verschuldung und die Zinslasten des Landes. Er kündigte weitere Ausgabenkürzungen an, deren Notwendigkeit er wiederum mit der Zukunft unserer Kinder begründete.

Über die Möglichkeit von Einnahmesteigerungen bei den Steuereinnahmen (Stichwort Steuergerechtigkeit) verlor er mal wieder kein Wort.

Aus der Kindererziehung weiß ich, dass u. a. Konsequenz und Verlässlichkeit Grundvoraussetzungen für ein gute Entwicklung der Kinder und damit für eine gute Zukunft sind. Unser Ministerpräsident und seine Regierung lassen Konsequenz aber nur bei der einseitigen Ausgabenkürzung zu Lasten der Beamten und sozial benachteiligter Gruppen

erkennen, die sich nicht wehren können bzw. keine Lobby haben.

Die bei der Regierungsübernahme angekündigte Verlässlichkeit der der Politik kann ich schon lange nicht mehr erkennen.

Solange die Regierung keinen Versuch unternimmt, die Einnahmen durch konsequente Ausschöpfung der Steuerquellen zu steigern und statt dessen nur "Risikomanagement" betreibt, sehe ich als Beschäftigte in einem Finanzamt die Gehaltskürzungen als direkte Subvention der Steuerhinterzieher an und nicht als Investition in die Zukunft unserer Kinder.

*Angelika Diedrich, Finanzamt Herzberg a. H.*

## LANDESVORSTAND

### **Beihilfefähigkeit von einheitlichen ärztlichen Liquidationen bzw. Krankenhausrechnungen bei Inanspruchnahme von Wahlleistungen**

Das NLBV lehnt die Beihilfefähigkeit in vollem Umfang ab. Diejenigen, die sich gegen die Nichtanerkennung gewandt haben, erhalten aktuell Schreiben des NLBV mit dem Hinweis auf die Verfassungsmäßigkeit der Nichtberücksichtigung bei Inanspruchnahme von Wahlleistungen. Das NLBV steht dabei auf dem Standpunkt, dass damit der Gesamtbetrag nicht berücksichtigungsfähig sei. Diese Auffassung ist nach Ansicht des dbb niedersachsen nicht durch das BVerfG-Urteil gedeckt. Zumindest der Anteil der allgemeinen ärztlichen Leistungen müsste beihilfefähig sein. Der dbb ist der Auffassung, dass das NLBV eine Aufteilung vorzunehmen hat, sofern dieses nicht durch den Arzt oder das Krankenhaus geschehen ist. Der Verfahrensweise des NLBV, wenn innerhalb von vier Wochen keine Einwände gemacht werden, sei der Widerspruch erledigt, kann nicht zugestimmt werden. Dieses ist dem NLBV mitzuteilen und ggfs. Rechtsschutz zu beantragen.



# LANDESFRAUENVERTRETUNG

## Sitzung und Neuwahlen der Landesfrauenvertretung

Am 19. und 20. Mai 2005 fand in Hannover die Sitzung der Frauenvertreterinnen statt, an der als Gäste auch die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstand der DSTG Jürgen Hüper, Dr. Thorsten Eichenauer, Heike Bischoff und Uschi Japtok teilnahmen.

Zunächst berichtete die DSTG Landes-Frauenvertreterin Angelika Podschadly über die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit. Insbesondere erwähnte sie die sieben Anträge der Landes-Frauenvertretung zum Landesverbandstag 2004 in Celle. Es handelt sich hier um die Anträge Nr. 5, 11, 16, 17, 49, 50, 51 - diese Anträge, sowie auch der Geschäftsbericht der DSTG sind bei Ihrem/Ihrer Ortsverbandsvorsitzenden einsehbar.

Turnusgemäß fanden in diesem Jahr die Wahlen zur DSTG Landes-Frauenvertretung statt. Elke Göbel vom OV Gifhorn stand nach 12 Jahren engagierter Tätigkeit nicht mehr zur Verfügung und wurde von Angelika Podschadly und der Versammlung herzlich verabschiedet.

Die DSTG Landes-Frauenvertretung Niedersachsen wurde wie folgt einstimmig gewählt:

Vorsitzende: **Angelika Podschadly** (51),

OV Buchholz, Mitglied im BPR

Stellvertreterin: **Henriette Schmagar** (48),

OV Emden, Mitglied im BPR

Stellvertreterin (neu): **Angelika Diedrich** (43),

OV Herzberg am Harz, Mitglied im HPR.

Der Landesvorsitzende Jürgen Hüper berichtete anschließend zu einigen aktuell anstehenden Themen aus Gewerkschaft und Politik (siehe hierzu auch S. 3 dieses Blickpunktes).

Die stellvertretende Landesvorsitzende Heike Bischoff hatte für die Versammlung der Frauenvertreterinnen Folien erstellt, auf denen anschaulich die Organisationsstruktur der DSTG und des dbb vom Einzelmitglied über die

Landesverbände bis zum Bundesvorstand und den jeweiligen Frauenvertretungen dargestellt war, und von ihr kompetent erklärt wurde.

Dr. Thorsten Eichenauer, ebenfalls stellvertretender Landesvorsitzender ließ es sich nicht nehmen, über weitere aktuelle Themen zu informieren.

Einigen Diskussionsbedarf gab es zu der Arbeit des dbb-Bund. Kritisiert wurde vor allem die ungeschickte Außendarstellung durch den dbb-Bundesvorsitzenden Peter Heesen, die sowohl dem DSTG-Landesvorstand als auch den in den Ortsverbänden engagierten Kolleginnen



und Kollegen die Gewerkschaftsarbeit im letzten Jahr außerordentlich erschwert hat. Ebenso wurde kritisiert, dass Peter Heesen bisher keine deutlichen Worte zu der mangelnden Umsetzung des Eckpunktepapiers im Gesetzentwurf des Bundesinnenministers gefunden hat.

Der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf wird zwar von der Politik als Ergebnis dessen, was mit den Gewerkschaften vereinbart worden ist, angeboten. Tatsächlich sind die Punkte, die bereits als Kompromisslösung verhandelt worden sind, in dem Entwurf nicht authentisch umgesetzt worden.

Dr. Eichenauer kündigte an, dass die DSTG-Niedersachsen den weiteren Weg mit kritischer Solidarität begleiten werde.

Einen großen Raum nahmen in der Versammlung auch Themen zur Ortsverbandarbeit ein. In Rollenspielen wurden Konzepte erarbeitet, die auch Frauenvertreterinnen die Möglichkeiten aufzeigten, sich mehr in die Vorstandsarbeit vor Ort einzubinden.

Hier zeigte sich ein großes Potential engagierter Frauen, welche die Vorsitzenden vor Ort mit guten Ideen und viel Elan unterstützen können.



## LANDESJUGEND

### DSTG Bundesjugendtag in Magdeburg

In der Zeit vom 16.-18.04.2005 hat in Magdeburg der Bundesjugendtag (BJT) der DSTG-Jugend stattgefunden.

Das zeitgemäße Thema war "Steuerbetrug hat Hochsaison - [www.ihre-finanzaemter.de](http://www.ihre-finanzaemter.de). Es waren rund 100 Delegierte aus allen Bundesländer geladen; wir aus Niedersachsen stellten 9 stimmberechtigte Delegierte bestehend aus der Landesjugendleitung sowie M. Gumtau und A. Przybyla. Die Delegierten verabschiedeten eine Vielzahl von Anträgen, einen hohen Anteil bildeten hierbei Anträge aus Niedersachsen. Die Entschlüsse bezüglich des Steuerbetrugs und gegen die Einführung von Bachelor + Master statt des Diploms wurden mit großer Mehrheit angenommen.

Bei den Neuwahlen der Bundesjugendleitung wurde Mario Moeller (Berlin) in seinem Amt als Bundesjugendleiter bestätigt. Als Schatzmeister steht ihm Jens Langner (Hessen) zur Seite. Weitere Mitglieder der BJT sind: Cornelius Dietze (Sachsen), Daniela Werner (Berlin) und Alexander Nogly (Bayern).

Besonders bemerkenswert war die Podiumsdiskussion im Rahmen der Öffentlichkeitsveranstaltung.

Cornelius Dietze moderierte die Diskussion souverän (besser als Sabine Christiansen es hätte je machen können). Dabei vertrat Christine Scheel, B 90/Die Grünen ebenfalls die von Dieter Ondracek geäußerten Ansichten der DSTG, als es um Fragen wie "Kontenabfragen Banken" und "Steueramnestie" ging. Bei dem geladenen Vertreter der FDP drängte sich hingegen der Eindruck auf, dass es ihm in erster Linie um seine persönlichen Wünsche und Vorlieben ging. Die Themen objektiv zu diskutieren, schien hier eher zweitrangig.

Insgesamt kann man von einer sehr gut organisierten und

erfolgreichen Veranstaltung sprechen.

*Sonja Paetsch - Landesjugendleiterin*



Die DSTG Delegierten aus Niedersachsen und der Landesvorsitzende (3 v. L.) in Magdeburg

#### Was machte denn die Jugend so?

Aktionen der DSTG-Jugend im Überblick:

**15.04.05** Bundesjugendausschuss in Magdeburg;  
**16.-18.04.05** BJT in Magdeburg; **11.05.05** Aktion an der LFS in Bad Eilsen und der FHS Rinteln "Anwärter - Aufmunterung mit Schokolade vor den Prüfungen"; **20.05.05** Regionalbowling der DSTG-Jugend Ortsgruppen rund um Bremen.

Ausführliche Berichte der oben genannten und weiterer Aktionen können Sie in unserer Ausgabe des Contras August finden.

## LANDESVORSTAND

### *Schon gewusst?*

Viele Kolleginnen und Kollegen nehmen an Fortbildungsveranstaltungen oder Tagungen in der Landesfinanzschule in Bad Eilsen teil. In einigen Fällen sind für Teilnehmerinnen und Teilnehmer hinsichtlich ihrer Unterbringung bzw ihrer Teilnahme an an der jeweiligen Veranstaltung Besonderheiten erwünscht. In Bad Eilsen besteht z. B. neben der Nutzung von Nichtraucherzimmern die Möglichkeit

- überlange Betten zu bekommen,
- zwei barrierefreie Zimmer zu nutzen,
- bei Lebensmittelallergien u. U. Spezialnahrung zur Verfügung gestellt zu bekommen,
- Räume für Tagungen, Fortbildungsveranstaltungen und Unterbringung für gehbehinderte Kolleginnen und Kollegen im Erdgeschoss bereitzustellen.

Voraussetzung für die Nutzung dieser oder anderer Möglichkeiten ist allerdings, dass sich die jeweiligen Kolleginnen und Kollegen mindestens zwei Wochen vor Veranstaltungsbeginn bei der Geschäftsstelle der Landesfinanzschule per E-Mail ([geschaeftsleitung@lfs.niedersachsen.de](mailto:geschaeftsleitung@lfs.niedersachsen.de)) melden.

# SCHWERBEHINDERTENVERTRETUNG

## Schulungsveranstaltungen für die Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen

In den Monaten April und Mai 2005 fanden - wie bereits in den Vorjahren - wieder Schulungen für die Schwerbehindertenvertretungen im Geschäftsbereich der OFD Hannover statt. Diese dreitägigen Schulungsveranstaltungen wurden in der Landesfinanzschule in Bad Eilsen durchgeführt. Wegen der begrenzten Unterbringungsmöglichkeit musste eine Aufteilung in drei Gruppen erfolgen. Verantwortlich und zuständig für diese Fortbildung war in erster Linie der Kollege Axel Kreklow, Bezirksvertrauensperson der schwerbehinderten Menschen bei der OFD Hannover.

Während dieser Schulungsveranstaltungen wurde eine "bunte Mischung" an Themen und Problemfeldern von internen und externen Experten des Schwerbehindertenrechts - Sozialgesetzbuch (SGB) IX - angeboten:

Am ersten Tag gab zunächst Herr Walter vom Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (Integrationsamt Hildesheim) einen Überblick über das Änderungsgesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung behinderter Menschen und über das Leistungsangebot der Integrationsämter. Insbesondere wurde über die Möglichkeiten von Zuschüssen, Darlehen und Prämien aus diesem Amtsbereich referiert. Den Nachmittag dieses ersten Tages gestaltete dann der Kollege Dr. Eichenauer, als Hauptvertrauensperson der schwerbehinderten Menschen

beim Finanzministerium, mit den neuen Richtlinien zur gleichberechtigten und selbstbestimmten Teilhabe schwerbehinderter und ihnen gleichgestellter Menschen am Berufsleben im öffentlichen Dienst.

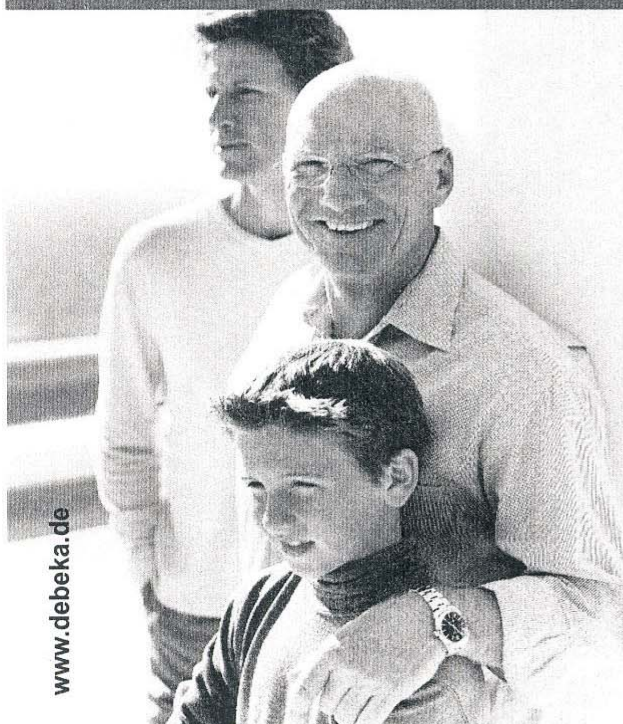
Am Vormittag des zweiten Tages wurde die erstmalig eingerichtete Homepage der Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung im Intranet durch die Kollegen Ole Beckmann (OFD Hannover) und Axel Kreklow vorgestellt. Die aktuellen Entwicklungen im Schwerbehindertenrecht sind nunmehr für alle Kolleginnen und Kollegen schnell und übersichtlich abzurufen.

Danach wurde ausführlich über das Einstellungsverfahren gesprochen und mit der Kollegin Ute Wehking - Mitglied der Bezirksschwerbehindertenvertretung - intensiv diskutiert. Wichtig war hier natürlich das neu strukturierte Auswahlgespräch, ein Bestandteil des Personalentwicklungskonzepts.

Insbesondere wurden die Rollenspiele, Interviews und Themenschwerpunkte beim Vorstellungsgespräch von Seiten der Personal- und Schwerbehindertenvertretung erörtert.

Im Anschluss wurde das gesamte Einstellungsverfahren aus der Sicht eines Finanzamtsleiters vom Vorsteher des

## 100 Jahre Sicherheit



www.debeka.de

Seit 1905 stehen wir für hervorragenden Service und ausgezeichnete Leistungen.

Damit geben wir Ihnen Sicherheit – ein Leben lang.

**Debeka**  
Versichern • Bausparen

Die Debeka-Gruppe – überzeugende Testergebnisse !

**Capital**  
7/05, 3/05, 21/04

**FINANZtest**  
11/04, 12/03, 11/03

100 Jahre Debeka  
erfahren · sicher · günstig

Landesgeschäftsstellen in Niedersachsen:  
Bremen, Ostertorstraße 36, 28195 Bremen, Telefon (04 21) 36 50 30  
Hannover, Bernstraße 1, 30175 Hannover, Telefon (05 11) 34 84 00

# SCHWERBEHINDERTENVERTRETUNG

Fortsetzung von Seite 11

Finanzamts Vechta, Herrn Dornieden, beleuchtet. Als Fazit war festzuhalten, dass alle am Verfahren Beteiligte dankbar für jede Optimierung und Entscheidungshilfe bei der Einstellung junger Menschen sind.

Den Abschluss des Tages bildete ein Referat von Herrn Hoffmann (OFD Hannover) zu dem Thema Baumaßnahmen mit dem Ziel zur Schaffung von Barrierefreiheit in allen Verwaltungsgebäuden in Niedersachsen.

Für den dritten Tag konnte Frau Görlich von der OFD Hannover gewonnen werden. Sie berichtete über die Neuerungen im Arbeiter- und Tarifrecht. Zweifelsfrei sind der BAT für Angestellte sowie der MTV für Arbeiter weit gefächerte und umfangreiche Gebiete. Abgerundet wurde dieser Bereich mit der Arbeitsplatzbewertung für Angestellte, insbesondere in der Erst (Einheitliche Erhebungsstelle). Das Schulungsprogramm wurde schließlich von den Mitgliedern der Schwerbehindertenvertretung mit einer Übersicht zur beruflichen Rehabilitation für Beamte, Angestellte und Arbeiter abgeschlossen.

Nach der Schlusssprache stand für alle Teilnehmer fest, dass der Kollege Kreklow, wie schon in den letzten Jahren, ein abwechslungsreiches, interessantes und kurzweiliges Programm mit guten Referenten zusammengestellt hatte. Ferner blieb trotz des umfangreichen Programms immer noch Zeit, sich mit den Kolleginnen und Kollegen über allgemeine Tendenzen innerhalb und außerhalb unserer Verwaltung, sowie über die persönlichen Angelegenheiten bis leider oft auch über die schicksalhaften Behinderungen zu unterhalten und auszutauschen.

Diese Schulungsveranstaltungen stellen eindeutig eine unverzichtbare Informationsquelle für die Schwerbehindertenvertretungen dar.

Es bleibt nur zu hoffen, dass diese wichtigen Schulungen nicht den Sparmaßnahmen zum Opfer fallen. Aber positiv denken:

Auf ein Neues im nächsten Jahr !!!

*Andreas Franke, Finanzamt Hannover Land II*

# FINANZSPORT

## Deutsche Marathon- und Halbmarathonmeisterschaften der Finanzverwaltungen in Hannover

Die Langstrecken-Meisterschaft für die Kolleginnen und Kollegen der Steuerverwaltung, des Zolls, der Bau- und Liegenschaftsverwaltung sowie der übrigen Finanzverwaltungen des Bundes und der Länder hat am 08.05.2005 unter der Schirmherrschaft unseres Finanzministers Hartmut Möllring im Rahmen des Spielbanken Marathon Niedersachsen in Hannover stattgefunden.

Über 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Verwaltungszweigen und nahezu allen Bundesländern hatten sich in die Meldeliste eingetragen. 107 Aktive erreichten nach dem 21,1-km Halbmarathon das Ziel am Neuen Rathaus in Hannover und 33 Beschäftigte kämpften auf der Königsdistanz von 42,195 km um Meisterehren.

Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren die Beschäftigten der Steuerverwaltung außerordentlich gut

vertreten. Exemplarisch sollte hier erwähnt werden, dass die Mannschaften des Finanzamtes Celle, der OFD Hannover I und des Finanzamtes Winsen sich bei der Wertung im Halbmarathon unter den ersten zehn Plätzen befanden; die Mannschaft des Finanzamtes Delmenhorst belegte in der Wertung im Marathon den Platz 2. Wir gratulieren allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu ihrer guten Leistung.

Gute Stimmung herrschte bei der Siegerehrung im Mosaiksaal des Rathaus, bei der Finanzpräsident Heiner Gerriets von der Landesbauabteilung den Meisterinnen und Meistern, den Platzierten sowie den Siegermannschaften die Auszeichnungen überreichte. "Eine gelungene Veranstaltung" so die einhellige Meinung der Sportlerinnen und Sportler.

Die 6. Meisterschaft der Finanzbehörden wird am 29.10.2006 in Remscheid stattfinden.

### **Vorankündigung: Ortsverbandsvorsitzenden-Konferenz**

**Die Ortsverbandsvorsitzenden-Konferenz wird in diesem Jahr  
am 14. September 2005 in Barsinghausen  
stattfinden.**